

Haushaltsrede der FWV-Fraktion

GR Egon Wetzel, Sitzung des Gemeinderates am 30. Januar 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Einbringung des Haushalts im Dezember waren es noch 300.000 EUR Defizit, jetzt 570.000 EUR im Ergebnishaushalt. Spätestens jetzt wird klar, dass die fetten Jahre vorbei sind. In diesem und dem nächsten Jahr müssen wir von den Reserven der letzten Jahre leben. Zum Glück haben wir noch welche.

Prognostizierte Verluste im Ergebnishaushalt von 570.000 dieses Jahr und 456.000 EUR nächstes Jahr werden unsere Reserven nahezu vollständig aufzehren und es bleibt zu hoffen, dass die Prognosen, die für 2022 wieder eine Erholung vorsehen, auch tatsächlich eintreffen.

Wir haben aber nicht nur ein Problem im Ergebnishaushalt, sondern auch mit dem Finanzhaushalt und der Liquiditätsentwicklung. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Kostenentwicklung bei der Festhalle zu nennen, auf die ich nachher noch eingehen werde.

Wie jede Privatperson auch, muss sich der Gemeinderat überlegen, wie auf eine solche Herausforderung zu reagieren ist. Im Grunde gibt es nur drei Möglichkeiten:

1. Den Kopf in den Sand stecken und darauf hoffen, dass es schon wieder besser werden wird. Das ist aber indiskutabel und verantwortungslos
2. Die Ausgaben zu reduzieren und
3. Die Einnahmen zu erhöhen.

Reduzierung der Ausgaben:

Wo können wir im Ergebnishaushalt sparen? Ca. 57% für Transferaufwendungen und 11 % für Abschreibungen können wir nicht beeinflussen. Die 18,4 % für Personalkosten sind nicht zu hoch, das Personal brauchen wir. In der Summe bedeutet das, dass relevante Einsparungen lediglich in einem Bereich von ca. 15 % des Haushalts, das entspricht 1,59 Mio EUR, möglich wären. Aber auch in diesem Bereich sind Sach- und Dienstleistungen enthalten, die nicht einfach weggespart werden können. Wir können also nicht einfach 570.000 EUR einsparen.

Schon in diesem Jahr sind z.B. die Mittel für die Straßenunterhaltung auf ein Minimum reduziert, das eigentlich nicht verträglich ist. Wir leben da von der Substanz.

Was ich damit sagen will ist, dass in naher Zukunft, wenn sich die Einnahmensituation nicht wieder deutlich verbessert, Einsparungen erforderlich werden, die wirklich an die Substanz gehen werden. Davon werden die Sach- und Dienstleistungen ebenso betroffen sein, wie die Personalkosten und vieles mehr. Es gibt nicht die großen Posten, die nennenswerte Einsparungen möglich machen, d.h. es wird auch vor vermeintlich kleinen Posten nicht Halt gemacht werden können. Zum Glück haben wir im Moment noch ein paar Reserven, die uns dieses und nächstes Jahr noch davor verschonen,

die ganz scharfe Sparrunde einleiten zu müssen. Es muss jedoch klar sein, dass alle Ausgaben auf den Prüfstand müssen, dass insbesondere auch Investitionsmaßnahmen, die mit ihren Abschreibungen auf viele Jahre den Haushalt belasten, sehr kritisch geprüft werden müssen.

Auch die Verwaltung ist gefordert, ihre Aufgaben und ihre Arbeit immer wieder kritisch zu prüfen: Wie können wir effizienter werden? Auf welche Aufgaben kann verzichtet werden? Wie können Kosten vermieden werden?

Ein Beispiel ist der Erdwall im Bereich des neuen Trainingsplatzes, dessen Böschungen so steil sind, dass diese in Handarbeit gemäht werden müssen. Eine Einebnung durch Umlagerung des Bodens könnte eine flächenhafte, effiziente maschinelle Pflege ermöglichen. Ganz nebenbei lässt sich dabei auch über das Anlegen von Blumenwiesen mit extensiver Pflege nachdenken.

All das bleiben natürlich kleine Tropfen. Nur wenn viele eingespart werden, wird das Fass der Ausgaben nicht weiter überlaufen.

Bei all der Suche nach Einsparmöglichkeiten müssen wir dennoch auch die weitere Entwicklung Eriskirchs im Blick behalten.

Natürlich müssen wir das Projekt Festhalle zu Ende bringen. Wir haben vorher über die Kostenentwicklung beraten. Die aktuelle Haushaltssituation macht ganz klar, dass die Ausgaben in Bezug auf die Festhalle, die noch beeinflusst werden können, sehr kritisch hinterfragt werden müssen.

Zum Thema Festhalle gehört auch eine abschließende Lösung für die Situation der Fußballer zu finden, die wegen der Unterbringung des neuen Kindergartens aus der Festhalle weichen mussten. Wir als FWV wollen, dass dieses Jahr das Thema Fußball und Sportplatz abschließend auf den Weg gebracht wird. Dazu tragen wir einen Planungskostenzuschuss an den TSV mit, der einen belastbaren Vergleich verschiedener Planungsoptionen ermöglicht. Weiter sind wir auch bereit, wenn die Voraussetzungen für eine Entscheidung vorliegen, auch in diesem Jahr noch ggf. über einen Zuschuss zu einer baulichen Lösung zu entscheiden. Insoweit ist jetzt der TSV gefordert, im Dialog mit der Gemeindeverwaltung, den wir als FWV gerne konstruktiv begleiten, die entsprechenden Vorarbeiten auf den Weg zu bringen.

Wir wollen auch die Schaffung des dringend benötigten Wohnraums fördern. Der Ausbau der Breitbandversorgung muss endlich in die Gänge kommen. Und nicht zuletzt ist es auch dringend notwendig, generell über die weitere Entwicklung Eriskirchs nachzudenken. Auch wenn die Kosten für das Projekt „Gemeindeentwicklungskonzept“ ebenso den Haushalt belasten, müssen wir aus Sicht der FWV dieses dringend angehen, damit die Gemeinde wieder Perspektiven für die nächsten 10-20 Jahre hat.

Zur Einnahmesituation:

Wie bereits erwähnt, ist der Spielraum Ausgaben einzusparen, gering. Nicht viel besser sieht es auf der Einnahmenseite aus. Die verlässlichste Stütze sind aktuell die Einkom-

menssteuer- und Umsatzsteueranteile, die Grund- und Vergnügungssteuer. Die Gewerbesteuer mit ihrer Geisel Gewerbesteuerumlage, die uns ausgerechnet in dem Moment bestraft, wenn die Einnahmen eh wegbrechen, ist eine launische Diva. Die für eine Gemeinde unserer Größe viel zu geringen Gewerbeeinnahmen lassen uns viel zu wenig Spielraum im Haushalt. Leider haben wir es nicht mehr in unserer Hand, die Gewerbeflächen nennenswert auszuweiten.

In diesem Jahr bricht auch das Einkommen aus der Vergnügungssteuer gegenüber dem vergangenen Jahr mit rund 100.000 EUR weniger deutlich ein.

Welche Möglichkeiten bleiben, um die Einnahmen zu verbessern:

Wenige, und die sind alle umstritten, weil niemand gerne mehr zahlt als in der Vergangenheit. Dennoch ist, wenn sich bis Herbst keine Besserung der Gewerbesteuerereinnahmen abzeichnet, zu prüfen ob

- Steuern erhöht werden können und
- Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen verursachergerecht angehoben und so ein besserer Kostendeckungsgrad erreicht werden kann.

Bei den Steuern ist aus unserer Sicht über eine Anhebung der Vergnügungssteuer nachzudenken. Der Hebesatz in anderen Gemeinden ist bereits vielfach höher als bei uns.

Auch die Zweitwohnungssteuer kommt in Betracht. Zweitwohnungen belasten die Infrastruktur und nehmen Wohnraum in Anspruch, der für andere als Erstwohnsitz in Betracht käme. Bei Einwohnern mit dem Hauptwohnsitz in der Gemeinde profitieren wir bei den Anteilen der Einkommenssteuer.

Bei den Benutzungsgebühren ist insbesondere da hinzusehen, wo der Kostendeckungsgrad niedrig ist. Das ist zum Beispiel bei den Friedhofs- und Bestattungsgebühren und auch beim Strandbad der Fall. Natürlich sind das sehr sensible Themen, hier die Gebühren anzupassen. Uns als FWV fällt das alles andere als leicht. Wir werden dabei sehr darauf achten, dass bei einer Anpassung insbesondere auch die sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Ein auffallend niedriger Kostendeckungsgrad gibt es auch im Bereich Fremdenverkehr: Jeder Übernachtung eines Gastes wird vereinfacht ausgedrückt mit 4 EUR gesponsert. Hier gilt es zum einen die Übernachtungszahlen zu steigern und zum anderen die Wirksamkeit der Ausgaben zu hinterfragen.

Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation müssen wir jedoch die vielen verschiedenen Stellschrauben, mit denen die Situation für die kommenden Jahre verbessert werden kann, schon heute angehen. Es wäre unverantwortlich heute den Kopf in den Sand zu stecken und zu warten, wie sich alles entwickelt. Insoweit werden wir unserer politischen Verantwortung gerecht.

Fazit:

Der diesjährige Haushalt ist ein massiver Warnschuss. Er zeigt auf, wie schwierig ein Generationenausgleich wird, wenn Einnahmen wegbrechen. Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, ob die aktuelle Regelung bezüglich der Generationengerechtigkeit aufrechterhalten werden kann, wenn flächendeckend Gemeinden deswegen ihren Ergebnishaushalt nicht mehr ausgleichen können. Wir wollen und werden unseren Beitrag leisten, damit in den nächsten Jahren der Haushalt wieder ausgeglichen werden kann. Vielen Dank.

Hepp, Katja